

„Political Correctness gefährdet nicht die Wissenschaftsfreiheit“

Ein Plädoyer für die Herausforderung der Wissenschaft durch gesellschaftliche Anliegen

| KERSTIN KNOPF | KATJA SARKOWSKY | „Political Correctness“ steht im Verdacht, die freie Rede in Gesellschaft und Wissenschaft zu bedrohen. Ist aber diese Opposition vielleicht nur konstruiert? Verhindert sie nicht gerade die Diskussion wichtiger gesellschaftspolitischer Anliegen wie z.B. Gleichstellungsfragen?

Erst unlängst sendete der Deutschlandfunk zwei Beiträge zum Thema „politische Korrektheit“: „Die Grenze des Sagbaren“ und „Sprach-Zensur oder sprachliche Zivilisation“; und der Deutsche Hochschulverband stellte den DHV-Tag 2017 unter das Thema „Political correctness vs. Freiheit der Wissenschaft?“. Diese Beispiele verweisen auf eine neu entfachte Debatte um die politische Rolle von Sprache – in der Gesellschaft wie auch in der Wissenschaft.

„PC“ als Chiffre

Dabei wird übersehen, dass „PC“ nicht so sehr als Selbstidentifikation derer fungiert, für die ein differenzsensibler Sprachgebrauch, der Abbau von sprachlich verfestigtem Alltagsrassismus und eine kritische Reflexion etablierter Ka-

nons selbstverständlich ist: Vielmehr wurde der Begriff vor allem in den USA seit den 1980er Jahren von Konservativen gegen die kritischen Debatten um universitäre Lehrpläne gebraucht. Diese antagonistische Verwendung findet ihre Fortsetzung in der gegenwärtigen Diskussion. Vor allem in Deutschland hat der Ausdruck zunehmend die Funktion einer Chiffre für äußerst heterogene politische und kulturelle Anliegen, wird ohne Differenzierung vor allem von deren Kritikern benutzt und droht zu einem Gegenkonzept eines ebenso wenig differenzierten Konzepts von Wissenschaftsfreiheit stilisiert zu werden.

Die konstruierte Opposition zwischen „politisch korrekten“ Anliegen und „wissenschaftlicher Freiheit“ und die vereinfachte Subsumierung sehr unterschiedlicher Forderungen als „politisch korrekt“ führen letztlich dazu, dass zentrale politische, kulturelle und wissenschaftliche Anliegen, wie z.B. Gleichstellung, kulturelle und epistemische Pluralität und nichtdiskriminierende Sprache, in der Diskussion keine angemessene Berücksichtigung finden. Auf den Zusammenhang von Sprache, Wahrnehmung und Verhalten hat u.a. Elisabeth Wehling hingewiesen (F&L 4/16). Darüber hinaus geht es um drei für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zentrale Aspekte: Um die universitäre Lehre, um die Berücksichtigung marginalisierter Sprechpositionen und um das Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft.

Universitäre Lehrinhalte

Die Diskussion um universitäre Lehrin-

halte war bereits in den 1980er und 1990er Jahren Teil der Auseinandersetzungen. Die sog. Canon Wars in den USA stellten mit der Forderung nach Öffnung des Kanons für Werke von Frauen und ethnischen Minoritäten auch die Frage nach den Kriterien „bedeutsamer“ Literatur und der kulturellen Funktion des Kanons. Dies war nicht zuletzt eine Debatte um das Selbstverständnis einer multikulturellen Gesellschaft. Damals wie heute geht es nicht um eine Einschränkung der Lehrfreiheit. Vielmehr geht es um die Notwendigkeit, die Auswahl und Art der Studieninhalte im wissenschaftlichen Dialog immer wieder neu zu reflektieren und zu diskutieren.

Marginalisierte Sprechpositionen

Damit eng verbunden ist die Frage nach den an dieser Diskussion Beteiligten. Die Gegenüberstellung von „politischer Korrektheit“ und „Freiheit der Wissenschaft“ übersieht die Machtstrukturen, die diese Debatte rahmen, und das Machtgefälle zwischen den Beteiligten. Diese Strukturen, dies sei betont, rechtfertigen selbstverständlich nicht Veranstaltungsverhinderungen oder gar Diffamierungen Einzelner in den sozialen Medien. Aber sie zeigen, dass der Zugang zu der gegenwärtigen Diskussion – gerade auch auf hochschulpolitischer Ebene – bislang nicht allen gleichermaßen offensteht. Dies betrifft vor allem Angehörige marginalisierter Gruppen, deren Anliegen überhaupt erst zur Debatte um „politische Korrektheit“ führten. Wenn der vermeintlich politischen Voreingenommenheit der „politischen Korrektheit“ die „Objektivität von Wissenschaft“ gegenübergestellt wird, dann geht dabei eine wichtige, in Kanada und den USA selbstverständliche, Einsicht

AUTORINNEN



Kerstin Knopf ist Professorin für Postcolonial Literatures and Cultures an der Universität Bremen und Präsidentin der Gesellschaft für Kanada-Studien in den deutschsprachigen Ländern.



Katja Sarkowsky ist Professorin für American Studies an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster und Präsidentin der Gesellschaft für anglophone postkoloniale Studien.

verloren, die pointiert formuliert wird im Mission Statement des March for Science: „We acknowledge that society and scientific institutions often fail to include and value the contributions of scientists from underrepresented groups. Systems of privilege influence who becomes a part of the science community, what topics we study, and how we apply our work in creating new technologies and crafting policy“. Bei allen gegenwärtigen Kontroversen an nordamerikanischen und britischen Universitäten ist dies eine Basis, auf der gemeinsam agiert werden kann, eine Basis, die in der deutschen Debatte nach wie vor fehlt.

Wissenschaft und Gesellschaft

Hier zeigt sich deutlich die enge Verzahnung wissenschaftlicher Institutionen mit gesellschaftlichen Strukturen und Belangen. Wissenschaft ist kein von der Gesellschaft abgeschotteter Bereich, sondern sie steht zu ihr in einem komplexen Wechselverhältnis; ihre Themen sind weder gesellschaftlich diktiert, noch

sind sie von ihr unabhängig. Insbesondere die Geistes- und Sozialwissenschaften bieten keine unverrückbaren Wahrheiten, sondern Analyse-, Erklärungs- und Interpretationsmodelle für gesellschaftliche und politische Probleme an. Sie tun jedoch gut daran, sich nicht als objektive Beobachter zu verstehen, sondern ihre privilegierte Distanz als Verantwortung zu begreifen, gesellschaftliche Anregungen zu einer Selbstreflexion zu nutzen, die wiederum in die Gesellschaft zurück wirken kann. Die Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte in Südwest- und Ostafrika und ihrer lokalen Manifestationen durch Gruppen wie „Decolonize Bremen“ und „Postcolonial Potsdam“ sowie Bestrebungen wie die Umbenennung von Straßen oder Stadtvierteln in Berlin und anderen Städten haben zu kontroversen gesellschaftlichen Diskussionen geführt – hier geht es jedoch nicht ausschließlich um historische Aufarbeitung oder um Repräsentations- und Erinnerungspolitik, sondern auch um Vermeidung herabwürdigender Sprache, die sich u.a.

durch Sklaverei, Kolonialismus und aus weißem Hegemonialdenken entwickelt hat. Und es geht um eine notwendige Reflexion der Geschichte von Disziplinen und der Analyse von für selbstverständlich genommenen Wissens- und Erkenntniskategorien in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Hier geht es nicht um „politische Korrektheit“; hier geht es um umfassende gesellschaftliche Verantwortung.

Die Freiheit der Wissenschaft ist nicht durch „politische Korrektheit“ gefährdet, sondern durch die systematische Verschulung, durch Managementstrukturen, die Unterfinanzierung der Universitäten, die Abhängigkeit von Drittmitteln und von „impact factors“, die budgetarmer Forschung keine Anerkennung zollen. Dies betrifft vor allem die Geistes- und Sozialwissenschaften, deren Berechtigung zunehmend an quantifizierbarer Relevanz gemessen wird. Gesellschaftliche Anliegen und ihre Manifestationen in den Universitäten fordern die Wissenschaft heraus; sie gefährden nicht ihre Freiheit.

Anzeige



Das Open-Access-Portal der Lebenswissenschaften

Forschung. Erfolgreich. Publizieren.

ZB MED-Publikationsportal Lebenswissenschaften – www.publisso.de

